

A-5-B Freiheit sichern: Gegen den autoritären Umbau!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

1 Mit diesem Beschluss bekräftigen wir unsere beschlossenen Forderungen vom 52.
2 Bundeskongress im Antrag „Das muss eine Demokratie aushalten können“ und machen
3 diese zur Grundlage unserer Forderungen für das grüne Bundestagswahlprogramm.

4 Deutschland hat ein kontinuierliches Naziproblem, das gerade in den
5 Sicherheitsbehörden unübersehbar zutage tritt, sich dabei über die Jahrzehnte
6 aber nur in immer neuen Facetten zeigt. Ob Angriffe auf Geflüchtete, Anschläge
7 auf linke Politiker*innen und Aktivist*innen oder Hetzkampagnen gegen Frauen im
8 Internet: Rechte versuchen seit Jahrzehnten, durch Angst, Terror und gezielte
9 Diskursverschiebung ihre Vorstellungen einer homogenen Gesellschaft in die Tat
10 umzusetzen. Seit der AfD gelingt es ihnen, das lauter und auf größeren Bühnen zu
11 sagen, als viele aus der vermeintlichen „Mitte der Gesellschaft“ in einem
12 Deutschland nach 1945 noch für denkbar gehalten haben. Während People of Color
13 und – besonders ostdeutsche – Antifaschist*innen seit Jahren davor warnen,
14 während Recherchenetzwerke immer wieder Waffenlager und geheime
15 Kampfsporttrainings für den „Tag X“ aufdecken, schauen die, die uns Sicherheit
16 versprochen haben, systematisch weg. Polizei, Verfassungsschutz,
17 Innenministerien: Es scheint, als wüssten sie von diesem Problem nichts. Dass
18 sie das sehr wohl tun, ist uns nicht erst seit der Selbstenttarnung des NSU und
19 den begleitenden Untersuchungsausschüssen schmerzlich bewusst. Doch die Behörden
20 zeigen wenig Interesse daran, rechte Netzwerke oder rassistische Strukturen
21 aufzudecken, geschweige denn dagegen vorzugehen.

22 Die Gründe dahinter sind vielfältig: Eine der, dabei viel zu oft außer Acht
23 gelassenen, Ursachen liegt im Zusammenhang von Kapitalismus und Rassismus. Der
24 neoliberale Leistungs- und Konkurrenzgedanke ist eng verbunden mit offen rechter
25 Ideologie. Extreme ökonomische Ungleichheit wird im Neoliberalismus als normal
26 oder sogar als gerecht dargestellt. Der Schritt zu einer Befürwortung von
27 Ungleichheit zwischen Menschen ist dann nicht mehr weit: Rassismus und Sexismus
28 sind Ideologien, die bestehende Ungleichheiten rechtfertigen und als natürlich
29 darstellen wollen.

30 Die antifaschistische Gegenposition der Forderung nach Gleichheit, Gerechtigkeit
31 und ein Leben in Würde widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung, wie
32 auch der offenen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes
33 Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus
34 zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Es führt
35 zu der Behauptung, dass man sich gegen andere durchsetzen müsse, um das eigene
36 Glück zu mehren. Angewandt auf scheinbar homogene Gruppen wie Nationen oder
37 Ethnien, bedeutet dieses Prinzip den Kampf gegeneinander – was an sich schon
38 rechts ist; noch konsequenter angewandt bedeutet das den puren, rechtsextremen
39 Sozialdarwinismus. Dieser Zusammenhang ist einer der Gründe, die in den letzten
40 Jahren zu einer Politik der „Versicherheitlichung“ geführt haben: Immer öfter
41 ist die Antwort auf gesellschaftliche Probleme eine autoritäre, die von
42 Repression und Gewalt geprägt ist. Dabei wird dem Streben nach vermeintlicher
43 Sicherheit mehr und mehr untergeordnet. Sich gegen den autoritären Umbau der
44 Gesellschaft zu stellen, heißt daher auch, zu hinterfragen, was eigentlich
45 Sicherheit ist und was als Sicherheitsproblem wahrgenommen wird.

46 Neben dem neoliberalen Leistungs- und Konkurrenzdenken und der tief verwurzelten
47 rassistischen Abgrenzung von anderen, sind es im besonderen auch rechte
48 Kontinuitäten in deutschen Sicherheitsapparaten, die das Problem befeuern, statt
49 es zu bekämpfen. Dass Rechte sich besonders bei der Polizei oder dem
50 Verfassungsschutz wohlfühlen, ist dabei kein Zufall. Schon an der Gründung der
51 heute bestehenden Sicherheitsbehörden nach 1945 waren diverse Nazigrößen und SS-
52 Kader fest eingebunden und beteiligt. Es war der Normalfall, dass Nazis auch
53 nach den NS-Verbrechen munter weiter Karriere machen konnten - insbesondere in
54 Behörden.

55 **Rassistische Kontinuitäten in der Polizei**

56 Mit diesem Hintergrund verwundern die zahllosen Fälle von Polizeigewalt gegen
57 People of Color und Linke ebenso wenig, wie die schwer zu überblickende Zahl an
58 rechten Chatgruppen, die gerade bundesweit auffliegen. Es geht dabei keineswegs
59 um Einzelfälle und das Fehlverhalten einzelner Polizist*innen: Die Strukturen
60 der Polizei begünstigen rassistisches und autoritäres Verhalten. Das muss sich
61 ändern, und zwar grundlegend: Der Einsatz staatlicher Gewalt muss eng
62 kontrolliert werden, Fehlverhalten muss zu spürbaren Konsequenzen führen und
63 Racial Profiling und anderen Diskriminierungen die Grundlage entzogen werden.
64 Dafür braucht es unabhängige Ermittlungsstellen mit umfassenden
65 Ermittlungskompetenzen, Polizeibeauftragte bei den Parlamenten und eine
66 anonymisierte Kennzeichnungspflicht für alle Einheiten. Ebenfalls muss die immer
67 weiter fortschreitende materielle Aufrüstung der Polizei enden. Wir brauchen
68 keine weitere Militarisierung der Polizei! Betroffene von Racial Profiling
69 sollen übermäßige Kontrollen durch Einführung eines verpflichtenden Ticket-
70 Systems nachweisen können. Außerdem braucht es eine völlig neue Aus- und
71 Weiterbildung, die sich an diskriminierungsfreiem Handeln, Kommunikation,
72

73 Deeskalation und Konfliktprävention orientiert und regelmäßige verpflichtende
74 Schulungen im Bereich Antirassismus beinhaltet.

74 Doch so dringend eine Reform der Polizei auch geboten ist: Auch die beste
75 Polizei kann gesellschaftliche Probleme nicht lösen, sondern allenfalls deren
76 Symptome bekämpfen. Der beste Polizeieinsatz ist deshalb einer, der gar nicht
77 erst nötig wird. Wer genug zum Leben hat, fängt seltener an, Geldbeutel zu
78 stehlen; wer bei Bedarf psychologische Begleitung bekommt, wird selten zur
79 Gefahr und wer Asylstatus genießt, muss nicht brutal abgeschoben werden. Und
80 natürlich braucht es zum Schutz der Betroffenen eine verantwortungsvolle und
81 staatlich kontrollierte Abgabe von Drogen, statt den längst verlorenen Kampf
82 dagegen mit immer absurderen Repressionen verzweifelt weiterzukämpfen.

83 **Verfassungsschutz: Teil des Problems**

84 Nur zu deutlich sieht man die beschriebenen Probleme am Verfassungsschutz. Die
85 zahlreichen Skandale, die rechten Netzwerke, in die der Verfassungsschutz selbst
86 eingebunden war oder diese mindestens gedeckt hat, sind dabei Kontinuitäten, die
87 nicht nur in der Vergangenheit liegen. Der Verfassungsschutz versagt damit nicht
88 nur, er stellt eine aktive Gefahr da, wie beispielsweise am NSU-Komplex
89 besonders deutlich wurde: Wenn der Verfassungsschutz nichts vom NSU wusste, dann
90 ist er unnütz. Aber wenn er davon wusste, dann ist er gefährlich. Doch selbst
91 die wenigen Reförmchen, die als Konsequenz aus dem NSU-Komplex gezogen wurden,
92 werden in vielen Bundesländern wieder Stück für Stück zurück gedreht.

93 Die Untauglichkeit des Verfassungsschutzes zeigt sich nicht zuletzt an der
94 vielfach widerlegten Hufeisentheorie, die weiterhin eisern die Grundlage
95 geheimdienstlichen Handelns darstellt: Statt Rassismus und menschenfeindliche
96 Ideologien entschlossen zu bekämpfen, wird linker Aktivismus mit diesen
97 gleichgesetzt und damit kriminalisiert. Eine solche ideologisch geprägte
98 Arbeitsweise entbehrt jeglicher wissenschaftlicher Grundlage und verharmlost die
99 Gefahr durch rechte Gewalt massiv. Zudem scheitert das Prinzip der
100 Gewaltenteilung strukturell an dem Versuch, die Aktivitäten des
101 Verfassungsschutzes angemessen parlamentarisch zu kontrollieren.

102 Eine unkontrollierbare Behörde, die ihren erklärten Zielen entgegen arbeitet,
103 verliert ihre Daseinsberechtigung. Alle Versuche, den Verfassungsschutz zu
104 reformieren, sind gescheitert. An einer Auflösung der Verfassungsschutzämter
105 führt daher kein Weg vorbei. Anstelle dessen braucht es eine transparent und
106 wissenschaftlich arbeitende Dokumentationsstelle und eine massiv gestärkte
107 Zivilgesellschaft, die selbst dazu in der Lage ist, sich gegen
108 menschenfeindliche Ideologien zu stellen. Vieles von dem, was wir heute über
109 rechte Strukturen wissen, wissen wir nicht vom Geheimdienst, sondern von
110 antifaschistischen Recherchegruppen – allen Widerständen zum Trotz. Statt
111 Antifaschismus zu kriminalisieren, muss zivilgesellschaftliches Engagement gegen

112 Nazis unterstützt und gefördert werden.

113 **Autoritarismus und Asylpolitik**

114 Die autoritäre Bekämpfung von Symptomen gesellschaftlicher Missstände zeigt sich
115 auch in der zunehmend menschenfeindlichen Asylpolitik Deutschlands und der
116 europäischen Union. Europas Regierungen schotteten sich zunehmend ab und verfolgen
117 die, die sich für die Rettung der Menschenrechte engagieren:
118 Seenotrettungsschiffe werden festgesetzt, NGOs, die illegale Pushbacks an den
119 Außengrenzen dokumentieren, werden verfolgt und der Zugang zu den
120 menschenunwürdigen Massenlagern wird mehr und mehr eingeschränkt. Die Schande
121 von Moria ist dabei nur der vorläufige Höhepunkt einer menschenverachtenden
122 Entwicklung, an der sich auch die Bundesregierung eifrig beteiligt: Statt
123 geltendes Recht anzuwenden und denen, die nicht zuletzt unter unserer
124 Wirtschaftsweise und den Folgen von Umweltzerstörung fliehen müssen, ein
125 menschenwürdige Unterkunft zu ermöglichen, werden immer neue Vorwände gefunden,
126 um Geflüchtete abzuwerten, sie in Elendslagern an den Außengrenzen wegzusperren
127 oder sie im Mittelmeer ertrinken zu lassen. Die unaufhörlich steigende Zahl an
128 Menschen auf der Flucht ist das vielleicht sichtbarste Symptom der globalen
129 Ungleichheit. Wenn wir unsere Menschenrechte aufgeben, um diesen Menschen nicht
130 helfen zu müssen, dann verlieren wir alles.

131 Stattdessen braucht es eine sofortige Evakuierung und Schließung aller Lager und
132 eine solidarische Geflüchtetenpolitik, die Fliehenden neue Perspektiven schafft.
133 Es braucht ein neues und klimagerechtes Wirtschaftssystem, das die Krisen
134 unserer Zeit löst, statt sie weiter zu verschärfen und die Leidtragenden dieser
135 Krisen zu bekämpfen. Der herrschenden Politik der Angst, Überwachung,
136 Abschottung und Härte stellen wir eine radikal emanzipatorische Gesellschaft
137 entgegen, die die menschliche Würde und Freiheit in den Mittelpunkt stellt.